

25.02.2021

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 4835 vom 14. Januar 2021
der Abgeordneten Sarah Philipp SPD
Drucksache 17/12352

Zusammenhalt entsteht vor Ort

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Am 3. Januar 2021 hat Herr Ministerpräsident Armin Laschet im Zuge seiner Kandidatur für den CDU-Bundespartei vorsitz zusammen mit Herrn Bundesgesundheitsminister Jens Spahn unter der Überschrift „Impulse 2021“ ein Papier vorgelegt.¹

In Punkt neun des Papiers werden unter der Überschrift „Zusammenhalt Stiften“ integrationspolitische Forderungen für die Bundesebene erhoben. Nach der Gesamtbevölkerung ausgehend, lebt jeder vierte mit Migrationshintergrund in Deutschland in Nordrhein-Westfalen.²

Der Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration hat die Kleine Anfrage 4835 mit Schreiben vom 24. Februar 2021 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Kultur und Wissenschaft beantwortet.

1. Was meint Ministerpräsident Armin Laschet damit, wenn er von einem „weltoffenen Patriotismus“ spricht?

Aufgrund der beispiellosen Menschheitsverbrechen in der NS-Zeit war Patriotismus in Deutschland im Sinne eines unheilvollen Nationalismus lange negativ besetzt. Die Landesregierung stellt heute den Verfassungspatriotismus in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung und steht damit in einer europäischen Tradition, in der die Staatsverfassungen im Fokus stehen. Grundlage des gemeinsamen Zusammenlebens ist damit das Bekenntnis Aller zur Verfassung. Ein weltoffener Patriotismus erweitert dieses Verständnis von Patriotismus um die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in einer diversen Gesellschaft. Nur eine Gesellschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Teilhabe ermöglicht und die

¹ Vgl. Laschet, Armin/Spahn, Jens: impulse2021 – Für ein innovatives und lebenswertes Deutschland, unter: <https://armin-laschet.de/wp-content/uploads/2021/01/impulse2021-teamlaschet-spahn.pdf> (abgerufen am 12.01.2021).

² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Bevölkerung mit Migrationshintergrund I, unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i> (abgerufen am 13.01.2021)

Akzeptanz der Verfassung abverlangt, kann dauerhaft bestehen. Allein so können die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen auch den bestehenden Herausforderungen mit einem Wir-Gefühl begegnen und gut gerüstet in die Zukunft blicken. Hierzu gehört es, Menschen mit Einwanderungsgeschichte in ihrer gesellschaftlichen und politischen Partizipation zu stärken.

2. *Plant die Landesregierung in Bezug auf die Flüchtlingspolitik mehr Kompetenzen vom Bund einzufordern?*

Initiativen im Sinne der Fragestellung sind derzeit nicht geplant.

3. *Welche Bundesratsinitiativen hat Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode zu integrationspolitischen Zielen eingebracht? Bitte diese einzeln auflisten.*

Eine Bundesratsinitiative kann unterschiedlich ausgestaltet sein, zum Beispiel bezüglich der Anzahl der Initiatoren oder dem Zeitpunkt, ab wann eine solche Bundesratsinitiative vorliegt. An dieser Stelle ist als Verfahren, in das sich Nordrhein-Westfalen in Abstimmung mit anderen Ländern aktiv einbrachte und das im Ergebnis in ein Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene mündete, zu nennen:

- Antrag zur Schließung der Förderlücke für Auszubildende im Analogleistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Darüber hinaus hat die Landesregierung in die Beratungen zum Migrationspaket 2019 zahlreiche Anträge mit integrationspolitischer Zielsetzung eingebracht. Beispielhaft genannt seien hier:

- Entschließungsantrag, die Hürden zu den Erteilungskriterien zu senken, um einem größeren Personenkreis den Zugang zur Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung zu ermöglichen,
- Antrag, die Beschränkung der Ausbildungsduldung für Helferausbildungen auf Engpassberufe zu streichen, da dies eine unnötige Verengung des Anwendungsbereichs der 3+2-Regelung darstellt,
- Antrag, eine Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsduldung als Rechtsanspruch zu gewähren und nicht nur im Wege des Ermessens, wenn der Ausländer die erforderlichen und ihm zumutbaren Maßnahmen für die Identitätsklärung ergriffen hat.

Des Weiteren hat die Landesregierung folgende Anträge eingebracht:

- Antrag zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz – 2. DAVG),
- Antrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz),
- gemeinsamer Entschließungsantrag mit den Ländern Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz und Thüringen „Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten erneuern“

Zudem hat die Landesregierung die jährliche Integrationsministerkonferenz für zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der rechtlichen und politischen Stellung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte genutzt. Zu nennen sind etwa die Initiativen zur erleichterten Einbürgerung, zur Öffnung der Integrationskurse, zur erleichterten Arbeitsaufnahme von Schutzbedürftigen und zur Verkürzung der von § 25b AufenthG geforderten

Voraufenthaltszeiten sowie klaren Definition, der für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach dieser Norm zu erbringenden Integrationsleistungen

4. Was bedeutet „Respekt und Wertschätzung für Einwanderungsbiographien“ konkret in Nordrhein-Westfalen? (Bitte um eine Auflistung von Umsetzungsbeispielen)

Knapp 5,3 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Einwanderungsgeschichte – das sind über 30% der Gesamtbevölkerung. Den vielfältigen Biographien dieser Menschen trägt die Landesregierung durch diverse Ansätze Rechnung. Exemplarisch seien hier genannt:

DOMiD - Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland

Mit der institutionellen Förderung des in Köln ansässigen Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) zur Sammlung und Bewahrung von Zeugnissen insbesondere von Menschen mit Einwanderungsgeschichte geht die nordrhein-westfälische Landesregierung einen richtungsweisenden Schritt im Bereich der Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft. Sie legt mit dieser Sammlung die Grundlage für die Sichtbarmachung der Leistungen und damit verbunden die Würdigung und Sichtbarmachung der Wertschätzung der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen. Mit dem „Haus der Einwanderungsgesellschaft“ entsteht durch DOMiD ein bundesweit beachtetes Migrationsmuseum als Ort des gegenseitigen Respekts und der Anerkennung der gelebten Realität in unserer Gesellschaft. Die Stimmen der Menschen mit Einwanderungsgeschichte werden Teil einer gemeinsamen Geschichte.

Modellprojekt „Guter Lebensabend NRW“

Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, den spezifischen Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren mit Einwanderungsgeschichte bei der Altenhilfe und Altenpflege Rechnung zu tragen und gleichzeitig damit ihre Lebensleistung zu würdigen. Dieses Ziel hat die Landesregierung mit dem am 1. September 2020 erfolgten Förderaufruf „Guter Lebensabend NRW“ umgesetzt.

22 Modellkommunen erproben Konzepte, wie Seniorinnen und Senioren mit Einwanderungsgeschichte der Zugang zu den Regelangeboten der Altenhilfe und Altenpflege geebnet werden kann. Sie sollen dadurch in die Lage versetzt werden, die vorhandenen Angebote in gleichem Maße zu nutzen, wie die Seniorinnen und Senioren der Mehrheitsgesellschaft. Hierfür stellt die Landesregierung für die Jahre 2020, 2021 und 2022 jeweils 3 Millionen EUR zur Verfügung.

Selbstverständlich haben die Menschen einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf die Angebote der Regelversorgung. Sie dabei zu unterstützen, diese auch vollumfänglich in Anspruch zu nehmen und so die Grundlage für einen erfüllten Lebensabend zu legen, ist eine angemessene Würdigung der Lebensleistung der Seniorinnen und Senioren mit Einwanderungsgeschichte.

Einbürgerungskampagne #IchDuWirNRW

Die Wertschätzungskampagne #IchDuWirNRW zeigt die Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen, die als Vorbilder Respekt und Teilhabe in unserem alltäglichen Miteinander vorleben. Die Kampagne zollt den Lebensleistungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte Respekt, erkennt sie an und würdigt ihre Verdienste.

5. Wie bzw. wo findet die Vermittlung gemeinsamer Werte in Nordrhein-Westfalen statt?

Wertevermittlung richtet sich an Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Sie geschieht im Alltag im Austausch der Menschen untereinander und ist konstituierender Bestandteil allen staatlichen Handelns, das nach Artikel 1 Absatz 1 GG an die Würde des Menschen und die Grundrechte gebunden ist. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Arbeit der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu.

Die Landesregierung setzt in ihrer Integrationspolitik nicht auf eine einseitige „Vermittlung“ von Werten. Sie anerkennt die Vielfalt der Werte in einer pluralen Gesellschaft, in der ein Wertekanon nur gemeinsam entwickelt werden kann. Hierbei ist selbstverständlich die freiheitlich demokratische Grundordnung der Maßstab, an dem sich gelebte Werte auszurichten haben. Die Landesregierung unterstützt auf vielfältige Weise die Befähigung der Menschen mit Einwanderungsgeschichte, an diesem Dialog teilzuhaben.

Genannt sei hier die institutionelle Förderung des Landesintegrationsrates, der sich für die politische Partizipation der Menschen mit Einwanderungsgeschichte einsetzt.

Eine Plattform für den Wertedialog bietet auch die „Koordinierungsstelle für muslimisches Engagement in NRW“ mit ihren Veranstaltungen und Dialogformaten.

Zudem bietet der nordrhein-westfälische Landtag einmal monatlich das „Besuchsprogramm für Flüchtlinge - Demokratieschulung“ an. Neu zugewanderte Menschen lernen unsere Demokratie sowie den Föderalismus mit dem Ziel kennen, Vertrauen in die staatlichen Organe zu entwickeln und die staatlichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern zu verstehen.

Die Ehrenamtsinitiative „KOMM-AN NRW“ zeigt geflüchteten und neu zugewanderten Menschen die Kraft zivilgesellschaftlichen Engagements und lädt ein, sich zu beteiligen.

Das Landesprogramm „Gemeinsam klappt's“ wendet sich besonders an junge Geflüchtete zwischen 18 und 27 Jahren. Es wird versucht, gesellschaftliche Teilhabe über die wichtige Stellschraube Qualifizierung zu erreichen. Die Kommunen werden eingeladen, sich mit dem Prinzip des Empowerments auseinanderzusetzen: geflüchtete und neuzugewanderte Menschen werden darin gestärkt, sich in partizipativen Prozessen einzubringen.

Eine Wertebegegnung findet ebenso im Förderprogramm Südost-Europa mit Fokus auf zugewanderte Menschen aus dieser Region statt.

Ein thematischer Schwerpunkt der bereits genannten #IchDuWirNRW Initiative ist auch das gemeinsame Sprechen über Werte. Ein Teil der Kampagne ist daher die Wertedialog-Reihe „#IchDuWirNRW im Dialog“, bei der das Integrationsministerium mit Bürgerinnen und Bürgern zu den Fragen ins Gespräch kommt, was uns als Gesellschaft stark macht und welche Werte auch zukünftig für uns wichtig sind.

Ergänzend sei auch auf den Bericht „Integration und Wertevermittlung: Erfolgte und geplante Maßnahmen“ (Vorlage 17/3744) verwiesen.

Auch viele Angebote der Landeszentrale für politische Bildung Nord-rhein-Westfalen, beispielsweise das Bildungsprogramm „Demokratie für mich“ und die Projekte zur digitalen Demokratiekompetenz, haben die Demokratiebildung und die Vermittlung gemeinsamer Werte in Nordrhein-Westfalen zum Thema.

Auf Augenhöhe können so in den vorgenannten Ansätzen gemeinsame Werte entwickelt werden.